



MIT MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
DER CDU NRW

Antragssammlung

17. Landesdelegiertenversammlung

am 27.09.2014

L1	Leitantrag
B1-B5	Änderungsanträge zum Leitantrag
A1-A6	Allgemeine Anträge
S1	Satzungsänderungsantrag
A 2 - A 4	Sonstige Anträge

Antrag L 1

zur 17. Landesdelegiertenversammlung

Antragsteller: Landesvorstand



Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

Wachstum digital – Bits und Bytes und Arbeitsplätze

Die Digitalisierung unseres Lebens schreitet immer weiter voran. Smartphones und mobiles Internet sind für Viele unverzichtbare Begleiter des täglichen Lebens geworden. Smart-Home-Technik soll uns vor Einbrüchen schützen und beim Energiesparen helfen. Filme und Musik rufen wir im Stream ab. Unsere Bankgeschäfte erledigen wir zunehmend Online. Kleidung, Schuhe, Bücher, Technik, aber auch Lebensmittel, Medikamente und vieles mehr bestellen wir im Netz und lassen sie uns bequem nach Hause liefern. Digitalisierung macht unser Leben an vielen Stellen bequemer und einfacher. Die Folge: Heute produzieren 20 durchschnittliche Haushalte so viel Datenverkehr wie das gesamte Internet 1995. Und ein Ende dieses Wachstums ist nicht abzusehen. Bereits 2017 sollen drei Mal mehr Daten verschickt werden als 2012.

Die zunehmende Digitalisierung bietet erhebliches Wachstumspotential für unsere Wirtschaft. Wachstum, das Nordrhein-Westfalen dringend braucht: Laut einer Studie des IW Köln aus Januar 2014 hat sich die Wirtschaft in NRW seit der Wiedervereinigung deutlich schlechter entwickelt als in den übrigen westdeutschen Bundesländern. Von 1991 bis 2012 betrug die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate lediglich 0,9 Prozent - in Westdeutschland (ohne Berlin und NRW) hingegen 1,3 Prozent. Im Vergleich etwa mit dem Freistaat Bayern (1,8 Prozent) oder dem ostdeutschen Freistaat Thüringen (3,2 Prozent) ist die Wachstumsschwäche sogar noch deutlich erheblicher ausgeprägt.

Zu einem ähnlichen Befund kommt auch eine Studie von McKinsey aus 2013: NRW hat demnach allein von 2000 bis 2012 im Vergleich zu Bayern eine Wachstumslücke von 8 Prozentpunkten. Durch ein Schließen dieser Lücke könnten 3,2 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen für Land und Kommunen erzielt werden – die aktuelle Neuverschuldung von 2,4 Mrd. Euro in 2014 wäre bei gleichem Wachstum wie in Bayern unnötig.

NRW muss mit einer konsequenten Politik für Wachstum gegensteuern. Die Mittelstands-

31 und Wirtschaftsvereinigung sieht in der Priorisierung des Themas digitale Wirtschaft die
32 wohl wichtigste Entwicklungschance für Nordrhein-Westfalen. Ein Beispiel: In NRW sind
33 immer noch mehr als ein Drittel aller Haushalte nicht an das schnelle Internet
34 angeschlossen. Dabei ist schnelles Internet ein Wachstumstreiber: Laut ifo-Institut erhöht
35 sich die Wirtschaftsleistung um 0,9 bis 1,5 Prozent, wenn zehn Prozent neue Breitband-
36 Internet-Anschlüsse (≥ 50 Mbit/s) hinzukommen.

37

38 **1. Der Einfluss der Digitalisierung in der Wirtschaft**

39

40 Der digitale Wandel verändert die gesamte Wertschöpfungskette und macht vor keiner
41 Branche halt. Wir nennen dies „Wirtschaft 4.0“. Die gesamte deutsche Volkswirtschaft ist
42 von dem Digitalisierungsthema betroffen, hierin eingebunden sind neben der Industrie
43 auch das produzierende Gewerbe, Handel und Handwerk, Kreativwirtschaft,
44 Gastwirtschaft und die sonstigen Dienstleistungsbereiche. Ob in Produktion, Vertrieb oder
45 Logistik, ob in der Energiewirtschaft, der Bankenbranche, Kleinunternehmen und
46 Großkonzernen – über kurz oder lang muss sich jede Branche mit den Auswirkungen auf
47 das eigene Geschäftsmodell beschäftigen.

48 Die neuen Giganten der Weltwirtschaft wie beispielsweise Google, Amazon oder
49 Facebook, stehen im Wettbewerb mit teils mittelständischen Marktteilnehmern wie
50 Einzelhändlern und Medienunternehmen. Freien Leistungswettbewerb zu gewährleisten
51 und einen Wettbewerb der Machtpositionen zu verhindern, ist eine Herausforderung, der
52 sich die Politik trotz der Komplexität der Materie besonders im Wettbewerbs- und
53 Steuerrecht stellen muss. So darf zum Beispiel Google seine Marktmacht nicht dazu
54 missbrauchen, eigene kommerzielle Angebote bei der Suche zu bevorzugen.

55 Musikindustrie und Medien zeigen – je mehr Produkte aus Daten bestehen, desto
56 schneller verändert die Digitalisierung ihr komplettes Geschäftsmodell. So ist der
57 Aktienmarkt in Teilen längst automatisiert. Welche Folgen diese Entwicklung mit sich
58 bringt, ist völlig unabsehbar. Nachdem die Mechanisierung die rein körperliche Arbeit
59 vielfach ersetzt hat, kann die Digitalisierung die gleichen Folgen für geistige Arbeit haben.
60 Aber Angst war noch nie ein guter Ratgeber. Auch die Digitalisierung bringt neben den
61 Herausforderungen riesige Chancen, die wir mutig nutzen sollten.

62

63 **Digital- und Kreativwirtschaft:** Wer an digitale Wirtschaft denkt, denkt zuerst an
64 Telekommunikationsunternehmen, Software-Entwickler, Systemhäuser etc.

65 In diesem Bereich sind in den letzten drei Jahrzehnten viele neue Unternehmen und

66 Arbeitsplätze entstanden. Lange Zeit hat Politik diese jungen Branchen nicht richtig ernst
67 genommen und nicht richtig verstanden, was dort passiert. Sie sind Mittelständler mit
68 nahezu gleichen Wünschen und Sorgen wie z. B. Handwerk, Handel, Gewerbe und
69 Industrie. Hinzu kommen Spezifika wie die höhere Anforderung an digitale Infrastruktur .
70 Auch dieser "neue" Mittelstand ist nicht nur dort zuhause, wo es irgendwer geplant hätte.
71 Er ist in Ballungsgebieten ebenso zuhause wie in ländlichen Regionen. Um ihm überall
72 gute Rahmenbedingungen bieten zu können darf es keine dauerhafte Spaltung zwischen
73 Stadt und Land bei der Breitbandinfrastruktur geben.

74

75 **Industrie und produzierendes Gewerbe:** Deutschland ist aufgrund seiner starken
76 Industrie verhältnismäßig gut durch die letzte Weltwirtschaftskrise gekommen. 23% der
77 Bruttowertschöpfung wird in Deutschland durch das produzierende Gewerbe erbracht, im
78 Vorleistungsverbund sogar fast ein Drittel. Zum Vergleich: Europaweit sind es derzeit nur
79 16%, in Großbritannien 11% und in Frankreich 10%.

80

81 Der Anteil Deutschlands an der weltweiten Industrieproduktion liegt bei 7%. Damit liegt
82 Deutschland auf Platz vier hinter China, den USA und Japan. Die Industrie in engem
83 Verbund mit dem gesamten produzierenden Gewerbe, ist der Wachstumsmotor
84 Deutschlands. Die Produktivität im produzierenden Gewerbe ist in den letzten Jahren
85 deutlich stärker gestiegen als in der Gesamtwirtschaft.

86

87 Gerade für NRW hat die Industrie einen besonders hohen Stellenwert. Deswegen
88 interessiert uns besonders die Frage: Wie sieht die Industrie von Morgen aus?

89 Nach der Erfindung der Dampfmaschine, des Fließbandes und der Roboter erlebt die
90 Industrie durch die Digitalisierung ihre vierte industrielle Revolution – „Industrie 4.0“. Durch
91 die intelligente Vernetzung innerhalb von Produktionen, Betrieben und
92 Wertschöpfungsketten individualisiert sich die Produktion, wird der Ressourcenverbrauch
93 reduziert und die Produktivität erhöht.

94 Die Digitalisierung verändert auch die Produktion: von der Massenproduktion am
95 Fließband hin zur Einzelfertigung mit 3-D-Druckern.

96

97 Voraussichtlich werden bis Ende 2020 zwischen 50 und 200 Milliarden Geräte vom
98 Autonavigationssystem bis hin zur Zahnbürste vernetzt sein. Dadurch werden
99 Produktivitätssprünge von 50 Prozent und Ressourceneinsparungen durch Energie- und
100 Materialeffizienz von 20-25 Prozent erwartet.

101

102 Eine Studie der Unternehmensberatung McKinsey kommt zu dem Ergebnis, dass im Jahr
103 2025 bis zu einem Viertel des BIP von allein 15 Technologien abhängen. Besonders das
104 Internet der Dinge, also die Vernetzung aller Geräte und Gegenstände miteinander, könnte
105 mit rund 200 Milliarden Euro fast fünf Prozent zum BIP beitragen. Gut aufgestellt sind
106 deutsche Industrie und Mittelstand bei Robotik (2025: 175 Milliarden Euro), alternativen
107 Antrieben (111 Milliarden Euro), autonomem Fahren (59 Milliarden Euro),
108 Hochleistungswerkstoffen und 3D-Druck. Schwächen sieht McKinsey dagegen bei
109 softwarelastigen Anwendungen. Dazu zählen Softwaresysteme, Internet-Anwendungen,
110 Big Data, Cloud-Computing und IT-Sicherheit.

111

112 Die Zukunft des Produktionsstandortes NRW hängt maßgeblich davon ab, dass Konzerne
113 und Mittelständler die Digitalisierung in ihren Unternehmen vorantreiben. Aktuelle Studien
114 zeigen jedoch, dass für 60% der Unternehmen in Deutschland „Industrie 4.0“ noch eine
115 absolute Unbekannte ist.

116

117 **Energiewirtschaft:** Wie kaum eine andere Branche hat sich in den vergangenen Jahren
118 unserer heimischer Energiesektor grundlegend gewandelt. Nach der Liberalisierung von
119 Energievertrieb und –netzen um die Jahrtausendwende und der 2011 eingeleiteten
120 Energiewende stehen die Energieversorgungsunternehmen heute vor einer epochalen
121 Transformation. Die enormen Fortschritte im Bereich der Kommunikations-, Prozess- und
122 Umwelttechnologie verändern die angestammten Geschäftsmodelle der
123 Versorgungswirtschaft grundlegend. Dank fortschreitender, umfänglicher Digitalisierung
124 des gesamten Versorgungssystems wird die Deckung unseres Energiebedarfs in Zukunft
125 lokaler, dezentraler, effizienter und umweltschonender als jemals zuvor sein.

126

127 Die Ära der monopolistischen Energieversorger haben wir überwunden. Dezentrale
128 Strukturen werden sukzessive einen permanent wachsenden Anteil der Bevölkerung
129 versorgen- die Zahl der Wettbewerber steigt. Ohne eine fortschreitende und lückenlose
130 Digitalisierung sind jedoch innovative Lösungen wie Smart Grid (intelligentes Netz),
131 virtuelle Kraftwerke (Zusammenschluss vieler kleiner Erzeugungsanlagen) und die
132 flächendeckende Versorgung durch Erneuerbare Energien nicht denkbar. Dank des
133 großen Erfahrungsschatzes und der breiten Basis der Versorgungswirtschaft samt ihrer
134 Zulieferer hat NRW die Chance, auch zukünftig Motor des Fortschritts in der
135 Energiewirtschaft zu sein und das Energieland Deutschlands zu bleiben.

136

137 **Gesundheitswirtschaft:** Mensch und Technik verschmelzen schon heute zunehmend.
138 Technische Komponenten helfen uns, gesünder zu bleiben, älter zu werden und mehr
139 Lebensqualität trotz gesundheitlicher Einschränkungen zu genießen. Was vor einigen
140 Jahrzehnten mit dem Herzschrittmacher begann, ist bereits heute in vielerlei Hinsicht
141 Alltag. Daraus ergeben sich Chancen aber auch Fragestellungen. Technische
142 Komponenten im menschlichen Körper, möglicherweise mit der Funktion von
143 Datentransfer, müssen Transparenz- und Sicherheitsgesichtspunkten genügen.
144 Eigentumsfragen stellen sich. Wann wird ein sichtbares, intelligentes Implantat zu einem
145 Körperteil und kann ein Mensch mit diesem Implantat sein Recht auf Freizügigkeit (z.B. im
146 Luftverkehr und bei anderen Reisen) ungehindert nachkommen? Diese Fragen traten
147 bereits vereinzelt auf und beschäftigten Gerichte. Die Staaten müssen hier klare und
148 weltweit gültige Regelungen schaffen. Auch und gerade im Gesundheitswesen ist die
149 Digitalisierung eine enorme Chance, die Ressourceneffizienz zu erhöhen und Gesundheit
150 zu fördern. Elektronische Datennutzung ist hier einer der Schlüssel zu Vermeidung von
151 Doppeluntersuchungen und zum schnellen Handeln in möglichst großem Wissen um den
152 Zustand des Patienten.

153

154 **Handel:** Die zunehmende Digitalisierung verändert auch das Kaufverhalten der Bürger.
155 Der Versandhandel ist keine neue Erscheinung, aber mit der Digitalisierung kann auf die
156 Produkte direkt und rund um die Uhr weltweit zugegriffen werden. Bereits heute hat der
157 Onlinehandel in Deutschland einen Marktanteil von knapp 10% - bei Elektronik und Mode
158 sogar mehr als 30% - und setzt damit den klassischen, stationären Einzelhandel unter
159 Druck. Betriebsaufgaben und Leerstände in Ladenlokalen vor allem in City-Randlagen
160 oder in Mittel- und Unterzentren sind sichtbare Folge dieses Wandels.

161

162 Für den stationären Einzelhandel ist die Digitalisierung aber auch eine Chance für eine
163 neue Wettbewerbspositionierung in einem revolutionär verändertem technischen Umfeld:
164 Der Onlinehandel als zweites Standbein zum stationären Geschäft (eigener Shop oder
165 über Ebay und Co.) verbreitert die Kundenbasis. Digitalisierung ermöglicht zudem
166 Effizienzgewinne bei der Lagerlogistik.

167

168 Auch bei der Kundenbindung spielt die Digitalisierung eine immer größere Rolle für den
169 stationären Einzelhandel: Durch die Erhebung, Auswertung und Nutzung von
170 Kundendaten können Kunden gezielter angesprochen und informiert werden und den

171 Kundenservice verbessern. So werten beispielsweise heute schon
172 Einzelhandelsgeschäfte im Verkaufsablauf Daten aus, die anhand von anonymer
173 Kundenpositionierungen im Geschäft aufgenommen werden. Kurz: Wenn an einer Position
174 ein Kunde sehr lange sucht, so wird dies dem Mitarbeiter angezeigt und er kann gezielt
175 Hilfestellung anbieten. Außerdem wird die Nutzung mobiler Bezahlssysteme zum
176 bequemen (Spontan-)Einkauf für den stationären Einzelhandel immer wichtiger im Kampf
177 um die Kunden.

178

179 Schließlich zeigen Start-ups wie „Emmas Enkel“, dass sich durch die fortschreitende
180 Digitalisierung im Einzelhandel neue erfolgreiche Geschäftsmodelle etablieren lassen.
181 Hier werden der klassische Einzelhandel und der Onlinehandel verknüpft und Synergien
182 geschaffen. Solche Startups zeigen, dass Digitalisierung nicht nur Herausforderung
183 sondern auch Qualitätschance für die bestehende Wirtschaft ist.

184

185 **Logistik:** Digitalisierung der Industrie und Onlinehandel brauchen Logistik. Der schnelle
186 digitale Datenfluss ermöglicht die Abwicklung von Sendungen und die Paketverfolgung in
187 Sekunden. Wurden 2009 noch rund 1,8 Milliarden Sendungen in Deutschland per Kurier-,
188 Express- und Paketdienst zugestellt, werden es 2015 bereits mehr als 2,5 Milliarden sein.
189 Dies hat Folgen für die Infrastruktur: Staus, Straßenschäden, Parken der Kurierdienste in
190 zweiter Reihe und die Verschlechterung der CO2-Bilanz nehmen zu.

191

192 Aber es gibt auch viel Positives: Beschäftigung, insbesondere neue Jobs für
193 Geringqualifizierte, die es bislang auf dem Arbeitsmarkt schwer hatten. Hinzu kommen
194 Versorgungsaspekte einer immer älter werdenden Gesellschaft gerade auf dem Land.
195 Zudem kann die Reduzierung der CO2-Bilanz Ansporn für neue Entwicklungen sein.
196 Gerade hier hat der Mittelstand gute Chancen im Wettbewerb, denn oftmals sind lokale
197 Lösungen gefragt, wie ein Projekt der Deutschen Post in Bonn zeigt: Hier sollen die
198 Postfahrzeuge zukünftig nur noch elektrisch fahren und zwar nicht in Kooperation mit
199 einem großen Autokonzern, sondern mit einem Start-up der RWTH Aachen, der
200 Streetscooter GmbH.

201

202 **Handwerk:** Immer mehr Handwerksbetriebe optimieren durch Digitalisierung ihre
203 Geschäfts- und Arbeitsprozesse – vom Einkauf und der Lager- sowie Personalverwaltung
204 und Buchführung über die Auftragsakquise und die Produktionssteuerung bis hin zur
205 Auftragsdurchführung und Rechnungsstellung sowie der nachfolgenden

206 Kundenbetreuung. Handwerkskooperationen bündeln mit digitalen Instrumenten ihre
207 Marktangebote, erschließen neue Marktpotentiale und verbessern arbeitsteilig die
208 Anlagennutzung aller beteiligten Unternehmen. Die in vielen Handwerken zu
209 verzeichnende Filialisierung wäre ohne digital gestützte Koordinierungsverfahren nicht
210 vorstellbar. Durch kompetenten Einsatz der Informations- und Kommunikationstechniken
211 sorgen Handwerksbetriebe für die Vernetzung der Häuser und steuern damit Heizungen,
212 Fenster, Beleuchtung, Klimaanlage, Alarmsystemen etc. Handwerksbetriebe sind es, die
213 diese Systeme verkaufen, einbauen und warten. Keine gesteigerte Energie-Effizienz im
214 Gebäudebestand ohne die digital gestützte Leistung der gebäudetechnischen Handwerke.
215 Das alles bedeutet für das Handwerk Märkte ohne Ende. Darüber hinaus bieten sich dem
216 Handwerk durch Just-in-time Kundendienste sowie Fernwartungs-, Fernsteuerungs- und
217 Fernüberwachungssysteme für den Kunden weitere neue Geschäftsfelder. Dies erfordert
218 aber auch, dass der sensible und sichere Umgang mit solchen Daten sichergestellt
219 werden kann. Durch die digitale Revolution wird Informations- und Kommunikationstechnik
220 immer stärker zum zentralen Bildungsinhalt für fast alle handwerklichen
221 Qualifizierungswege. Deshalb ist es eine dringliche Aufgabe der IT-Kompetenzzentren des
222 Handwerks, „digitalisierungsspezifische“ Kompetenzprofile handwerklicher Mitarbeiter zu
223 erarbeiten und für ihre Diffusion in die Breite der Bildungseinrichtungen des Handwerks
224 zu sorgen.

225
226

227 **Freie Berufe:** Freie Berufe werden in einem umfangreichen Maß von der Digitalisierung
228 profitieren wie kaum ein anderer Bereich. Denn ihr Rohstoff ist Wissen. Sie leisten
229 eigenverantwortlich und mit großem Engagement einen qualitativ hochwertigen Beitrag zur
230 Daseinsvorsorge. Intelligent vernetzt bringen bereits heute Apotheker, Ärzte, Designer,
231 Ingenieure, Notare, Patentanwälte, Rechtsanwälte, Steuerberater, Tierärzte,
232 Wirtschaftsprüfer und Zahnärzte der Gesellschaft höchsten Nutzen. Die Erfolge sind
233 beachtlich: Die Heilberufe unterstützen bereits heute Initiativen, die die
234 Telematikinfrastruktur fördern soll, damit die medizinischen Informationen, die für eine
235 Behandlung wichtig sind, schnell, sicher und unbürokratisch ausgetauscht werden können.
236 Um einfach, schnell und sicher zu kommunizieren, haben die Steuerberater die
237 Vollmachtsdatenbank als Baustein der vorausgefüllten Steuererklärung entwickelt und die
238 Rechtsanwälte planen ein elektronisches Anwaltspostfach. Die persönliche
239 Leistungserbringung mit der Digitalisierung weiterhin zu verknüpfen und auszubauen wird
240 zentrale Aufgabe der Zukunft sein. Dabei darf nicht aus dem Blick gelassen werden, dass

241 je enger die weltweite Vernetzung voranschreitet, die Daten stärker ins Visier nicht zuletzt
242 von Wirtschaftsunternehmen geraten. Die europaweiten Datenschutzbestimmungen
243 dürfen die neuen technischen Möglichkeiten nicht ihrer Chancen berauben.

244

245 **2. Die Menschen bei der Digitalisierung mitnehmen**

246

247 Wirtschaftliches Wachstum ist in der Sozialen Marktwirtschaft nie Selbstzweck.
248 Wirtschaftliches Wachstum muss den Menschen dienen und die Lebensumstände des
249 Einzelnen und in der Summe aller verbessern. Wachstumschancen sind in der Sozialen
250 Marktwirtschaft immer mit den mit ihnen verbundenen Risiken abzuwägen. Dies gilt
251 insbesondere auch für Wachstum durch die zunehmende Digitalisierung unseres Lebens.
252 So bergen die Kopierbarkeit und die Transferierbarkeit von Daten Gefahren, die es zu
253 kontrollieren und einzugrenzen gilt.

254

255 Allerdings dürfen Fortschritt und Innovation auch nicht Opfer diffuser Ängste werden.
256 Dampfmaschine, Eisenbahn, Automobil – jede dieser Erfindungen löste zu Beginn Ängste
257 und Unsicherheit aus. Auch heute fürchten sich viele Menschen vor den Auswirkungen der
258 Digitalisierung. „Big Data“, das ist in der Wahrnehmung Vieler die Datenkrake, die alles
259 von uns weiß und uns zu manipulieren versucht. Digitalisierung wird bislang zu selten als
260 Chance gesehen.

261

262 Aufgabe von Politik ist es, die Menschen mitzunehmen und ihnen ihre oftmals
263 unbegründeten Ängste vor der zunehmenden Digitalisierung zu nehmen. Dazu muss
264 Politik die Chancen der Digitalisierung für den Wohlstand unserer Gesellschaft klar
265 benennen. Gleichzeitig müssen Lösungen für konkrete Probleme gefunden werden. Dazu
266 gehört auch der bewusste Verzicht auf einen Teil der Innovationschancen dort, wo
267 Bedenken begründet sind.

268

269 Entwicklung bedeutet Veränderung. Berufsbilder verändern sich, verschwinden gar,
270 andere entstehen. Arbeitnehmer, Unternehmer, Schulen, Hochschulen und Verwaltungen
271 müssen sich für diese Veränderungen rüsten.

272

273 **3. Anforderungen an die Politik – Die Chancen nicht verschenken**

274

275 Neben der Qualifikation der Fachkräfte sowie dem Zugang zu Geld und Ressourcen

276 entscheidet in Zukunft vor allem auch die Qualität des Datentransfers über die
277 Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Um die Wachstumseffekte der digitalen
278 Entwicklung nutzen zu können, müssen die entsprechenden Rahmenbedingungen
279 geschaffen werden.

280

281 **Infrastruktur**

282 Wichtigster Antrieb für die Digitalisierung ist der Aufbau eines leistungsfähigen,
283 bedarfsgerechten Breitbandnetzes. Die vom ifo-Institut erwartete zusätzliche
284 Wirtschaftsleistung um 0,9 bis 1,5 Prozent, wenn zehn Prozent neue Breitband-Internet-
285 Anschlüsse (≥ 50 Mbit/S) hinzukommen, sind eine enorme Chance für den Wohlstand in
286 unserem Land. Doch der Ausbau des Turbo-Internets hakt. Während in Südkorea 70
287 Prozent der Bevölkerung und in Japan jeder Zweite über das Glasfasernetz mit Gigabit-
288 Tempo surfen, sind es hierzulande weniger als 1 Prozent. Diese Technik ist anderen
289 Lösungen um Jahre voraus – 100 Gigabit können über Glasfasernetze gleichzeitig hoch-
290 und runter geladen werden. Gerade die Wirtschaft braucht mehr als der Privatanutzer diese
291 synchronen Anschlüsse. Ist diese Infrastruktur einmal aufgebaut, kann sie 70 bis 80 Jahre
292 betrieben werden.

293

294 Die Breitbandversorgung in Deutschland entspricht derzeit nicht dem Niveau eines
295 Industrielandes. Laut Daten der Internationalen Fernmeldeunion (ITU) rangiert
296 Deutschland auf Rang 19 bei der Zahl der Internet-Anschlüsse pro Person (0,84). Noch
297 größer ist der Rückstand beim schnellen mobilen Internet: auf 100 Bewohner kommen
298 gerade mal 41 mobile Breitband-Anschlüsse. Damit liegt Deutschland auf Platz 40 – noch
299 hinter Ländern wie Griechenland und Kasachstan. Dies stellt einen beträchtlichen
300 Standortnachteil für Deutschland dar: Immerhin ist der schnelle Internetzugriff per
301 Smartphone und Tablet laut ITU-Analyse mit einem jährlichen Plus von 30 Prozent einer
302 der wichtigsten technologischen Wachstumstreiber.

303

304 Schätzungsweise 60 bis 80 Milliarden Euro wären nötig, um Deutschland flächendeckend
305 mit schnellem Internet zu versorgen. Während der Freistaat Bayern allein 2 Milliarden
306 Euro bis 2018 für den Ausbau des schnellen Internets zur Verfügung stellt, plant die
307 nordrhein-westfälische Landesregierung bis 2020 lediglich mit 70 Mio. Euro Fördergeldern.
308 Das von der Landesregierung selbstgesteckte Ziel, bis 2018 eine Vollversorgung mit
309 Bandbreiten von mindestens 50 Mbit/s zu erreichen, kann so nicht erreicht werden.

310

311 In Nordrhein-Westfalen beträgt der Anteil der Haushalte mit schnellem Internet (über 50
312 Megabit pro Sekunde) gerade einmal 79 Prozent in Städten, 41 Prozent in Kleinstädten
313 und 34 Prozent in den ländlichen Regionen. Viele Bewohner des ländlichen Raumes sind
314 aufgrund von Wirtschaftlichkeitslücken von der Breitbandversorgung abgekoppelt und
315 ohne Anschluss. Strukturschwache Regionen müssen schnell und effektiv gefördert
316 werden, damit sie nicht auf dem digitalen Abstellgleis landen. Dies gilt in besonderem
317 Maße für unsere Unternehmen.

318

319 Die MIT NRW fordert:

320 • Daten bereitstellen: Es gibt kein kartografisches Verzeichnis, das für NRW die weißen
321 Flecken in der Breitbandversorgung definiert. Der Landesregierung NRW liegen keine
322 Daten zum Ausbaustand 100 Mbit/s, zum Versorgungsgrad in Gewerbegebieten und
323 zu den Kosten des Breitbandausbaus in Nordrhein-Westfalen vor.

324

325 • Finanzierungsquellen nutzen: Die geschätzten Gesamtkosten für eine
326 flächendeckende Breitbandversorgung in NRW belaufen sich auf 4 bis 16 Milliarden
327 Euro. NRW hat im vergangenen Jahr jedoch lediglich 14,5 Millionen Euro zur
328 Verfügung gestellt. Die MIT fordert eine massive Erhöhung dieser Fördermittel durch
329 eine Öffnung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für den
330 flächendeckenden Breitbandausbau. Hier stehen NRW bis 2020 insgesamt 2,4
331 Milliarden Euro zur Verfügung. Bisher lehnt die Landesregierung eine solche
332 Förderung jedoch ab. Angeblich sei die Europäische Kommission nicht bereit, Gelder
333 aus dem EFRE für den flächendeckenden Breitbandausbau zur Verfügung zu stellen.

334

335 Fakt ist: Die Verordnung über den EFRE sieht auch für stärker entwickelte Regionen
336 wie NRW ausdrücklich die Möglichkeit vor, EFRE Gelder für den flächendeckenden
337 Breitbandausbau zu nutzen. Offensichtlich fehlt jedoch der Landesregierung der
338 politische Wille, vorhandene EFRE-Mittel für den flächendeckenden Breitbandausbau
339 zu nutzen.

340

341 • Einheitliche Regeln schaffen: Die Bundesnetzagentur hat keine Regeln zum
342 oberirdischen Verlegen von Glasfasernetzen, diese Methode kostet aber nur ein
343 Bruchteil des herkömmlichen Ausbaus. Denn Tiefbauarbeiten machen heute 80
344 Prozent der Gesamtinvestitionen bei der Verlegung aus.

345

Durch die Mitnutzung von Leitungen anderer Infrastrukturbereiche können die Kosten ebenfalls deutlich gesenkt. Verlegt man bei anstehenden Straßenbaumaßnahmen, Leerrohre für Glasfaserkabel (diese haben eine Lebensdauer von über 50 Jahren) mit, könnten bei einer zukünftigen Erschließung mit Glasfasernetzen die Tiefbaukosten eingespart werden.

- Kompetenzwirrwarr auflösen, Genehmigungsverfahren beschleunigen: In anderen Bundesländern ist das Thema Breitbandversorgung Chefsache, so hat Bayern den Ausbau im Finanzministerium gebündelt. In Nordrhein-Westfalen hingegen gibt es keine klare Zuteilung der Zuständigkeiten. Wir befürworten eine klare Kompetenzzuweisung an das Wirtschaftsministerium, da hier die ökonomischen Effekte am besten gesehen werden.
- Brückenlösungen nutzen und auf den kontinuierlichen Auf- und Ausbau setzen: Mit den Methoden des Vectorings (bis zu 100 Mbit/s) und der Verwendung von Koaxialkabel (bis zu 150 Mbit/s) bestehen Brückentechnologien, die den Umstieg in 10-15 Jahren auf das Breitbandnetz realistisch erscheinen lassen. Der gezielte Einsatz dieser Brückentechnologien muss von der Landesregierung koordiniert werden.
- Infrastruktur aufbauen: Der notwendige Infrastrukturausbau kann voraussichtlich nur arbeitsteilig erfolgen. Es muss einen offenen Zugang zu passiven Netzen und aktiven Komponenten geben. Kommunen und Kreise müssen in eigenem Interesse ihre Infrastruktur auch in diesem Bereich modernisieren und ausbauen und dabei Synergien mit Tiefbaumaßnahmen bei langfristiger Planung nutzen. Die eigenen Aktivitäten der Kommunen sind dabei strikt nach dem Grundsatz „Privat vor Staat“ zu gestalten.
- Versorgungsnetze modernisieren: Gerade auch die intelligenten Versorgungsnetze der Zukunft für Strom, Wärme und Wasser müssen fit für die dezentrale, nachhaltige Versorgung der Bevölkerung der kommenden Dekaden gemacht werden. Nur eine sichere und nachhaltige Versorgung schafft die dauerhafte Grundlage für wirtschaftliches Wachstum und bietet verlässlichen Entfaltungsraum gerade für mittelständische Unternehmer. Der gezielte Ausbau unserer Versorgungsinfrastruktur muss das prioritäre Anliegen der Landesregierung sein, so dass NRW zum Gestalter

der Transformation der Schlüsselbranche Versorgungswirtschaft in Deutschland wird.

- Öffentlich zugängliche WLAN-Netze:

Wir wollen überall kostenlosen Zugang zum Netz im öffentlichen Raum durch private Betreiber ermöglichen. Hierzu muss die Störerhaftung abgeschafft werden.

Auch das Land kann den Aufbau des WLANs im öffentlichen Raum unterstützen: So könnten zum Beispiel solche WLAN-Komponenten bei Stadt-sanierungsmaßnahmen explizit als fördernützlich gewertet werden.

- Beleihung der Netze: Zur Finanzierung der Infrastruktur müssen den Netzbetreibern neue Wege eröffnet werden. Netze müssen zur Finanzierung des weiteren Ausbaues als Sicherheit dienen können. Dies erfordert die Klarstellung von Aspekten der Abgrenzbarkeit als selbstständiges Wirtschaftsgut, Bestimmung des aktivierbaren Wertes und Umgang mit Wertzuwächsen bei weiterem Ausbau in bestehenden handels- und steuerrechtlichen Regelungen. Dazu müssen klare und allgemeingültige Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit die Beleihbarkeit nicht vom individuellen Verhandlungsgeschick zwischen Netzbetreiber und Bank abhängig ist. Die MIT NRW fordert daher den Bund und die Länder auf, schnellstmöglich entsprechend tätig zu werden.

Bildung/Forschung

Mit einer schnellen Breitbandversorgung werden die Grundlagen für einen innovativen und zukunftsfähigen Standort gelegt. Um von innovativen Ideen zu profitieren und Experten und Unternehmen/Unternehmer nach Nordrhein-Westfalen zu locken, bedarf es im Bildungssektor einer Stärkung der angewandten Forschung in digitalen Technologien. Wissen und Fortschritt schaffen mehr Wohlstand, neue Märkte und neue Jobs. Deutschland hat die besten Voraussetzungen, im digitalen Wandel nicht nur Schritt zu halten, sondern Maßstäbe zu setzen. Wir haben innovative Unternehmen, gute Bildungs- und Forschungseinrichtungen und vor allem neugierige Menschen. Im IW-Index für industrielle Standortqualität 2013 und dem Connectedness-Index von McKinsey, schneidet Deutschland am besten von den am stärksten vernetzten Ländern der Welt ab. Weltweit hatten bisher Güter, bei denen die günstige Arbeitskraft sowie kostengünstige Rohstoffe wichtigste Faktoren der Industrieentwicklung waren, einen hohen Anteil an der Handelsbilanz. Bei der Neuverteilung um Innovationsvorsprünge in der digitalisierten Welt,

416 entscheidet in Zukunft immer mehr der Faktor Wissen.

417

418 Die MIT NRW fordert:

419 • Behandlung in Schulen: Das Thema Digitalisierung sollte im schulischen Alltag nicht
420 nur unter Verbraucherschutzaspekten stattfinden. In den MINT-Fächern sowie der
421 Sozial- und Wirtschaftslehre muss sowohl technisches Verständnis für die
422 Digitalisierung vermittelt als auch über die Chancen der Digitalisierung diskutiert
423 werden. Das ist dann auch ein wichtiger Beitrag zur erforderlichen Schaffung eines
424 innovationsfreundlichen, gesellschaftlichen Umfelds.

425

426 • Steuerliche Forschungsförderung: Auch Gründungen im digitalen Bereich müssen bei
427 Forschung und Entwicklung schnell und unbürokratisch profitieren können. Wir wollen
428 eine steuerliche Forschungsförderung, weil diese gerade für kleine und
429 mittelständische Unternehmen einfacher zu leisten ist, als die bestehenden
430 Projektfinanzierungen, wie das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) mit
431 umfangreicher Beantragung und Dokumentation.

432

433 **Existenzgründung**

434 Deutschland muss seine Standortvorteile für Neugründer ausbauen und **digitale**
435 **Existenzgründungen** forcieren. Das Silicon Valley in Kalifornien macht deutlich, dass
436 Innovationen durch Investitionen getrieben werden. Gerade Unternehmen in der
437 Startphase bedürfen einer Anschubfinanzierung. Das Kapital hierfür kommt meist aus den
438 USA. Gerade die Kapitalgewinnung ist in Deutschland ein Problem. Das sogenannte
439 Venture Capital (Wagniskapital) betrug 2013 in Deutschland nur 700 Millionen Euro. Das
440 waren weniger als 0,05 Prozent des BIP. In Großbritannien und den USA ist der Anteil
441 hingegen vier- bis achtmal so hoch. Seed-Finanzierungen; Start-up-Finanzierung; Later-
442 Stage-Finanzierungen zum „Anschub“ von Ideen sind dort deutlich stärker verbreitet. Start-
443 ups benötigen zum Erfolg neben guter Ideen und exzellenter Infrastruktur eben auch
444 Kapital. Wo viele Gründungen durch Studenten und Absolventen entstehen und sie so zu
445 Unternehmern werden, muss daher auch eine gewisse Konzentration an Investoren
446 vorhanden sein.

447

448 Die MIT NRW fordert:

449 • Verbesserung der Eigenkapital-Finanzierung: Start-up-Finanzierungen im
450 Hochtechnologiebereich müssen im Wesentlichen aus Eigenkapital erfolgen.

Deshalb müssen die Bedingungen verbessert werden, um potenzielle Eigenkapitalgeber in die Lage zu versetzen, in Start-up-Unternehmen zu investieren. Es ist klar, dass Eigenkapitalinvestments im Venture-Capital-Umfeld risikobehaftet sind. Deshalb müssen die Risiken für Investoren reduziert werden. Die beste und kostengünstigste Art der Risikobegrenzung ist die Risikodiversifikation. Diese Diversifikation gelingt am besten über die Auflegung geeigneter Investmentfonds. Daher ist es unumgänglich, die Bedingungen für die Auflegung von diversifizierten Investmentfonds, die in Venture Capital investieren, zu verbessern. Hier muss das Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB) ergänzt werden.

- Institutionelle Anleger: Die wichtigsten potenziellen institutionellen Anleger in Deutschland sind Lebensversicherungen, Pensionskassen und andere Kapitalsammelstellen. Diese institutionellen Anleger können bislang aufgrund der geltenden Anlagevorschriften (Anlageverordnung des Versicherungsaufsichtsgesetzes VAG, Solvency II etc.) nur in sehr geringem Maße (maximal 1% des Anlagevermögens) in Beteiligungskapital investieren. Diese Anlagegrenzen müssen und können deutlich erhöht werden, wenn die Investition über entsprechende diversifizierte Investmentfonds erfolgt.
- Privatanleger: Auch für Privatanleger ist bislang eine Investition in Venture Capital kaum möglich. Es müssen hier Möglichkeiten geschaffen werden, um über Investmentfonds entsprechendes Beteiligungskapital bereitzustellen. Die erforderliche Risikobegrenzung für den Anleger kann hier ebenfalls durch entsprechende Diversifikation erreicht werden. Ein befürchteter „Overkill“ durch zu komplexe Beratungsprotokolle auf der Seite des Vermögensberaters bzw. Absatzmittlers ist durch geeignete gesetzliche Maßnahmen (vor allem im Rahmen des KAGB) zu verhindern.
- Die bestehenden Regelungen zur Absetzung und Angabe von Verlusten bei Start-up-Beteiligungen im Rahmen der Einkommensteuer sind unzureichend. Wir fordern daher ein international wettbewerbsfähiges Regelwerk für privates Beteiligungskapital (Venture Capital).
- Direktinvestitionen in Venture Capital müssen gesetzlich als vermögensverwaltende Tätigkeit (und nicht mehr als gewerbliche Tätigkeit) eingestuft werden. Erst dann wird – neben den verbesserten Möglichkeiten für Investmentfonds - das für Beteiligungsfinanzierung verfügbare Kapital wirklich signifikant anwachsen können. Durch verbesserte Rahmenbedingungen werden auch neue Finanzierungsformen, wie z. B. Crowd Investing und Crowd Funding, verstärkt Bedeutung gewinnen.

Diese Rahmenbedingungen beinhalten vor allem: Rechtssicherheit für Angel-Investoren; Verzicht auf die investitionshemmende Umsatzsteuerpflicht von Verwaltungsvergütungen, verbesserte Bedingungen für Investmentfonds).

- Reinvestitionen fördern: Wenn Investoren ihre Anteile von Start-ups veräußern, und die Gewinne wieder in die Förderung eines oder mehrerer anderer Start-ups reinvestieren („Roll-over), muss die Steuer auf Gewinne durch die Möglichkeit zur Bildung einer steuerfreien Gewinnrücklage gestundet werden. Auf diese Art und Weise können weitere Investitionsanreize gesetzt werden.
- Löschung vom Verlustvortrag: Verluste aus der Startphase der Startups müssen in Gewinnjahren sofort und nicht erst zeitverzögert steuerlich geltend gemacht werden können, damit sie in der wichtigen Wachstumsphase gestärkt und nicht geschwächt werden.
- Aufbau einer Start-up-Garantiefazilität: Für Start-up-Unternehmen ist es oft schwierig bis gar nicht möglich, Fremdkapital in nennenswerter Höhe zu erhalten. Das Instrument zur Risikoteilung bei der Finanzierung von KMU sollte auch für die Finanzierung von Start-ups zur Verfügung stehen. Im Rahmen der Fazilität werden mehrere Einzelverträge mit Geschäftsbanken unterzeichnet. Die ausgewählten Banken werden anschließend mit einer Teilkreditrisikogarantie ausgestattet, die Verluste aus ihren Start-up-Darlehensportfolios decken würde. Unter die Garantie fallen nur Start-up-Darlehen, die bestimmten Kriterien entsprechen. Dadurch können Banken mehrere Darlehen an Start-ups vergeben. Auf diese Art und Weise könnte dazu beigetragen werden, die Kluft zwischen dem Finanzdienstleistungssektor und Startups zu überbrücken.
- Überprüfung des Hausbankprinzips: Es hat sich gezeigt, dass das Pflicht zur Beantragung von Finanzierungsmitteln zur Existenzgründung über die jeweilige Hausbank unter Umständen zu Fehlsteuerungen führt. Es ist daher zu überprüfen, ob nicht im Falle von Start-ups die Beantragung von Finanzierungsmitteln direkt bei der Förderbank (KfW bzw. NRW-Bank) zielführender ist.
- „Kultur der 2. Chance“: Nur eines von zehn Start-ups wird ein großer Erfolg. Falsche Geschäftspartner, schlechte Ideen oder Änderungen im sich blitzschnell weiterentwickelnden Markt sind die Hauptprobleme der Gründer. Hierzulande wird Scheitern im Gegensatz zu den USA oft noch als Makel angesehen. Dass Scheitern aber die Grundlage für neue Ideen und Produkte sowie brauchbare Erfahrungen bietet, sollte hierzulande auch durch eine nochmalige Überarbeitung des Insolvenzrechts anerkannt werden.

- Neue Gründungsförderung zur Gründungsmotivation: Die internationalen Beispiele von erfolgreichen digitalen Unternehmensgründungen zeigen, dass Ideen und Investitionen, die von außen kommen, Erfolge für junge Menschen auch ohne Uniabschluss ermöglichen und einen neuen Typ von Unternehmer schaffen. An den Universitäten und Fachhochschulen müssen die Synergien (Infrastruktur und Know-how) besser genutzt und der Kontakt zu lokalen mittelständischen Unternehmen geknüpft werden. Für deutsche Start-ups ist es derzeit einfacher, Kontakte zu internationalen Konzernen zu knüpfen, als den Mittelständler vor Ort von seinen Ideen zu überzeugen. Dafür sollten Kompetenzzentren an Universitäten und Fachhochschulen eingerichtet werden, um Studierende an eigene Existenzgründungen heranzuführen und der Austausch von erfolgreichen Unternehmen mit jungen Gründern zu ermöglichen. Die Landesregierung sollte hier unterstützend wirken anstatt die Zusammenarbeit durch ein kontraproduktives Hochschulgesetz zu erschweren.
- Ausbau der internationalen Vernetzung: Erfolgreiche Gründungen benötigen für ihr Wachstum qualifiziertes Personal. Bei den Start-ups im amerikanischen Silicon Valley arbeiten internationale Fachkräfte - 40 Prozent von ihnen besitzen nicht die amerikanische Staatsbürgerschaft. Auch hier in Nordrhein-Westfalen ist die Schaffung einer Willkommensstruktur zur Gewinnung von entsprechenden Fachkräften aus dem Ausland nötig. Die Einführung der europäischen Blue Card ist ein erster Schritt, dem vor Ort weitere Schritte folgen müssen. Die Blue Card muss offensiv begleitet und beworben werden. Darüber hinaus müssen wir eine Blue Card auch für Investoren aus dem Ausland schaffen. Wer mehr als 500.000,- EUR investieren will und mindestens drei sozialversicherungspflichtige Dauerarbeitsplätze schafft, muss in Deutschland dauerhaft willkommen sein und unverzüglich einen gesicherten Aufenthaltsstatus erhalten können. Die Anforderungen an die Einkommens- und Qualifikationsgrenzen müssen insgesamt überdacht und adjustiert werden. Dabei sollte die deutsche Gesetzgebung sich an den Kernelementen der Punktesysteme klassischer Einwanderungsländer (z. B. Kanada, Australien oder Neuseeland) orientieren.

Rechtsrahmen

Auch im Bereich der rechtlichen Voraussetzungen gibt es bei der globalen Fortentwicklung des Internets Handlungsbedarf des deutschen Gesetzgebers. Unternehmen brauchen Planungssicherheit. Zu viel Bürokratie und Regulation sind für Startups ein Dämpfer.

556

557 Die MIT NRW fordert:

- 558 • Eigenverantwortung im Umgang mit Daten: Ein mündiger Kunde entscheidet in
559 Eigenverantwortung über die Weitergabe seiner Daten. Dies haben wir als Politik in
560 einem ersten Schritt anzuerkennen. Aber auch der Kunde selbst muss sich darüber
561 bewusst sein, dass Datenerhebung zur Optimierung von Prozessen gedacht ist.
562 Deshalb muss Datenerhebung auch Datennutzung zur Folge haben können.

563

564 Aufgabe der Politik ist es, Missbrauch und unkontrollierte Weitergabe zu regeln.
565 Gleichzeitig gilt es, alle Regelungen auch sanktionierbar zu halten. Politik, die alles
566 verbietet, auch das was nicht kontrollierbar ist, wird unglaubwürdig.

567

568 Deswegen muss dem Bürger, Nutzer und Kunden klar gemacht werden, was mit
569 seinen Daten geschieht und geschehen kann und welche Nutzungen missbräuchlich
570 sind. Für diese - und nur für diese - ist dann eine geeignete und finanziell gut
571 ausgestattete Bekämpfung und Aufklärung notwendig.

572

- 573 • Verringerung/Abschaffung von Marktzutrittsbarrieren und Zulassen von Wettbewerb:
574 Die Pläne der Telekom, Festnetzanschlüsse nach Verbrauch eines vorbestimmten
575 Datenvolumens auszubremsen werden von der MIT ebenso abgelehnt wie die auf
576 europäischer Ebene diskutierte Forderung nach Abschaffung der Netzneutralität.
577 Internetprovidern darf es nicht gestattet werden, ihre Datenpakete in unterschiedlichen
578 Geschwindigkeiten durch die Leitungen zu schicken. Eine Abschaffung der
579 Netzneutralität würde Start-ups den Marktzugang erschweren und kapitalstarken
580 Konzernen einen Wettbewerbsvorteil verschaffen.

581

- 582 • Open-Data-Gesetz: Öffentliche Datenbestände müssen künftig wirtschaftlich genutzt
583 werden können. Dazu müssen sie in freien Formaten zur Verfügung gestellt werden.
584 Dies würde insbesondere im Bereich der intelligenten Mobilität neue Möglichkeiten
585 eröffnen. Um Missbrauch zu erschweren, muss jedoch bei personenbezogenen Daten
586 auf eine Anonymisierung geachtet werden.

587

- 588 • One-Stop-Shop: Die Digitalisierung gibt die Chance alle notwendigen bürokratischen
589 Schritte, zum Beispiel die Anmeldung eines Unternehmens an einer einzigen Stelle
590 durchzuführen. Die Anmeldung eines Unternehmens und andere Behördenvorgänge

können so beschleunigt werden. Mit Hilfe eines mehrsprachigen One-Stop-Shops, könnte ein Unternehmen innerhalb einer Stunde ins Handelsregister eingetragen werden.

- Datenschutz:. Deutschland hat den strengsten Datenschutz der Welt. Daten sind der wichtigste „Rohstoff“ der digitalen Ökonomie. Wer diese am intelligentesten nutzt, wird über einen großen Wettbewerbsvorteil verfügen. Dies setzt jedoch voraus, dass Kunden und Konsumenten Vertrauen in die Nutzer und die Nutzung ihrer Daten haben. Datenschutz ist daher ein wichtiger Standortfaktor. Aber Datenschutz wird immer im Spannungsfeld zwischen Nutzerverhalten, Nutzerkomfort, Nutzerwillen und wirtschaftlicher Verwendung stehen. Am Ende entscheidet der Verbraucher, welchen Datenschutz er einfordert, benötigt und welche Rechte er dabei für sich individuell in Anspruch nimmt - Datenschutz on demand.

- Spionageschutz

Der verantwortliche Umgang mit den eigenen Daten endet nicht beim Verbraucher und Privatanutzer. Unternehmen, auch immer mehr international tätige mittelständische Firmen, sind Zielscheibe von Attacken, zur Sabotage wie zum Daten- und Wissensdiebstahl. Der Staat und die Selbstverwaltungsorganisationen der Wirtschaft müssen sich stärker engagieren. Das nationale Cyber-Abwehrzentrum des BMI muss hier ausgebaut und besser mit anderen Institutionen vernetzt werden. Der Staat trägt Verantwortung, nicht nur für die digitale Sicherheit und Integrität der Bürger, sondern auch die der deutschen Unternehmen.

4. Nordrhein-Westfalen digital voranbringen

Die Digitalisierung vieler Lebens- und Wirtschaftsbereiche vollzieht sich nahezu unabhängig davon, ob Politik dies will oder nicht. Aber Politik kann in Infrastruktur investieren, um möglichst viele Menschen, Regionen und Branchen an der Entwicklung teilhaben zu lassen. Politik kann durch kluge Rahmenbedingungen für eine ausreichende Finanzierung von Gründern sorgen und Politik muss einen verantwortungsvollen Umgang mit Daten gewährleisten und die Daten seiner Bürger gegen ungewollte Eingriffe schützen. Die ungeheure Geschwindigkeit der Entwicklungen, rasante Innovationszyklen und die Verschmelzung unterschiedlichster Wirtschaftsbereiche fordern jede Form von Regelsetzung heraus – mehr denn je gilt: so wenig Regulierung wie möglich, so viel

626 Regulierung wie gerade nötig.

627

628 In Nordrhein-Westfalen bietet die Digitalisierung die Chance, das schon traditionelle
629 Wachstumsdefizit auszugleichen. Digitalisierung ist Chance für Neues. Wer diese Chance
630 verpasst, riskiert aber auch unsere bisherige Stärke. Gerade als starker Industrie- und
631 Gewerbestandort ist Nordrhein-Westfalen durch die Digitalisierung auch herausgefordert.
632 Industrie 4.0 muss hier bei uns in der Herzkammer des Industriestandortes Deutschland
633 stattfinden. Dazu muss die Entwicklung der Digitalisierung ganz oben auf die Agenda
634 nordrhein-westfälischer Politik.

635

636 **Votum der Antragskommission: Annahme**

1 **Antrag B 1**
2 **zur 17. Landesdelegiertenversammlung**
3 **Antragsteller: Landesvorstand**



4 **Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:**

5 Einschub nach Zeile 54:

6 „Marktmacht, die zur Vernichtung dezentraler Einzelhandelsstrukturen missbraucht
7 wird, ist mit den Mitteln des Wettbewerbsrechts zu begegnen. Der unternehmerische
8 Erfindungsreichtum mittelständischer Betriebe bewährt sich täglich an den Märkten;
9 durch die digitale Revolution ist er jetzt besonders stark gefordert. Inhabergeführte
10 Buchhandlungen liefern alle bis 18.00 Uhr am Vorabend bestellten Bücher am
11 nächsten Tag morgens an den Kunden aus. Das zeigt, dass digitale Gegenstrategien
12 des Mittelstands gegenüber der Marktmacht z.B. von Amazon eine Chance haben.“
13

14 Einschub in Zeile 219:

15 ...werden kann. „Natürlich könnte die Digitalisierung auch bestehende
16 Geschäftsfelder des Handwerks gefährden. So besteht die Befürchtung, dass durch
17 die wachsenden Möglichkeiten kundenspezifischer Individualisierung im Rahmen
18 industrieller Großserienfertigung ein bisher zentrales Alleinstellungsmerkmal
19 handwerklicher Fertigung unter Druck gerät. Aber erste Zahntechniker,
20 Maschinenbauer, Hörgeräteakustiker und Feinwerkmechaniker nutzen schon die
21 neue 3D-Druck-Technik und verstärken dadurch ihre Wettbewerbsposition. Aus ihrer
22 Sicht gehen keine handwerklichen Jobs verloren, weil das Know-how des
23 Fachpersonals unverzichtbar bleibt. Die Arbeitsplätze werden hochwertiger und der
24 Handwerker hat mehr Zeit für die Feinarbeit. Wirkungsvolle Gegenstrategien sind
25 hier, das noch stärkere Bemühen um originäre Qualität handwerklich erstellter
26 Produkte sowie passgenaue digital gestützte Dienstleistungsangebote der
27 Handwerksbetriebe. Unstreitig bedeutet dies, dass Informations- und
28 Kommunikationstechnik immer stärker zum zentralen Bildungsinhalt für fast alle
29 handwerklichen Qualifizierungswege wird.“ Deshalb ist es eine dringliche...
30

31 Einschub in Zeile 263:

32 ...Digitalisierung zu nehmen. „Die Politik muss bei digitalen Produkten einen fairen
33 Ausgleich zwischen den Interessen der Produzenten und Nutzer finden. Kreative

Leistungen müssen auch in Zukunft angemessen bewertet und vergütet werden. Auf der anderen Seite dürfen Eigentumsrechte nicht durch Großkonzerne zu Lasten der Verbraucher willkürlich neu definiert werden.“ Dazu...

Einschub in Zeile 599:

...Datenschutz ist daher ein wichtiger Standortfaktor. „Mit der RWTH in Aachen und der TU in Dortmund verfügt Nordrhein-Westfalen über zwei Hochschulen, die im Bereich Informatik zu den Besten zählen. Deshalb müsste das Land NRW die Chance ergreifen, die Universitäten bei Forschungsvorhaben im Bereich Datenschutz und Datensicherheit stärker zu unterstützen. Mit den gewonnen Erkenntnissen könnten sich die vielen innovativen Unternehmen in Nordrhein-Westfalen besser schützen. Außerdem kann sich das Wissen zu einem Exportschlager mit großer Beschäftigungswirkung entwickeln.“

Votum der Antragskommission: Annahme

1 **Antrag B 2**
2 **zur 17. Landesdelegiertenversammlung**
3 **Antragsteller: Kreisverband Kleve**



MIT MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
DER CDU NRW

4 **Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:**

5 Änderung in Zeile 211:

6 Statt „...die Vernetzung der Häuser“

7 folgende Formulierung „....die Vernetzung von Wohn- und von Gewerbe-
8 Immobilien.....“

9

10 Einfügung nach Zeile 214:

11 „Intelligente Zähler (Smart Meter) verbinden das intelligente Haus (Smart Home) mit
12 dem intelligenten Netz (Smard Grid). Hier sind die elektrotechnischen Handwerke mit
13 ihrer starken Marktstellung vor Ort ein wichtiges Bindeglied zum Kunden. Dies gilt in
14 gleicher Weise auch für das Geschäftsfeld Smart Mobility (Anbindung der
15 Ladeinfrastruktur für Elektro-Autos an das Smart Home).“

16

17 **Votum der Antragskommission: Annahme**

1 **Antrag B 3**
2 **zur 17. Landesdelegiertenversammlung**

3 **Antragsteller: Antrags- und Grundsatzkommission**



MIT MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
DER CDU NRW

4 **Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:**

5

6 Einfügung nach Zeile 235:

7 „Ingenieure sind Vorreiter innovativer Bauwerks- und Anlagenplanung und
8 unterstützen so die Genehmigungspraxis moderner Bauverwaltungen durch neue
9 digitale Modellierungsverfahren im Rahmen vernetzter Fachplanungen etwa von
10 Funktionalität, Gestaltung, Brandschutz und Barrierefreiheit sowie für nachhaltigen
11 Energie- und Materialeinsatz über den gesamten Lebenszyklus von Bauwerken
12 hinweg.“

13

14 **Votum der Antragskommission: Annahme**

1 **Antrag B 4**
2 **zur 17. Landesdelegiertenversammlung**
3 **Antragsteller: Kreisverband Borken**



4 **Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:**

5

6 Zeile 230:

7 Auflistung freier Berufe streichen

8

9 **Begründung:** Auflistung ist nicht allumfassend (es fehlen z.B. Pflegedienste,
10 Physiotherapeuten etc.), Begriffe freie Berufe sind laut Steuergesetz klar definiert.

11

12 Ergänzung Zeile 372:

13 „Zur wirtschaftlichen Sicherheit seiner Investitionen ist daher der Zugang zu einem
14 errichteten Breitbandnetz für eine bestimmte, noch festzulegende Zeit, dem Investor
15 vorbehalten. Danach ist der Zugang zum Breitbandnetz generell offen.“

16

17 **Begründung:** Investitionen in flächendeckende Breitbandnetze sind mit hohen
18 wirtschaftlichen Risiken verbunden. Maßgebliche Gründe für die Risiken sind die
19 Anschlussdichte und Auslastung der Netze sowie möglichst preisliche
20 Reglementierungen durch die Bundesnetzagentur. Bei von Anfang an offenem
21 Zugang zu passiven Breitbandnetzen und aktiven Komponenten, trägt der Investor
22 allein das wirtschaftliche Risiko. Das gilt insbesondere für Netze im wenig
23 besiedelten ländlichen Raum. Dieses erhebliche Risiko schreckt Investoren ab. Das
24 zeigen die bisher verhaltenen Investitionen in diesem Bereich. Mögliche Mitnutzer bei
25 offenem Zugang tragen dieses Risiko nicht.

26

27 **Votum der Antragskommission: Annahme in folgender geänderten Fassung**

28

29 Zeile 232:

30 ...Wirtschaftsprüfer „, Zahnärzte und weitere Gruppen der freien Berufe“ der
31 Gesellschaft höchsten Nutzen.

32

33 Ergänzung Zeile 367:

34 ...erfolgen. „Zur wirtschaftlichen Sicherheit seiner Investitionen ist daher der Zugang
35 zu einem errichteten Breitbandnetz für eine bestimmte, noch festzulegende Zeit, dem
36 Investor vorbehalten. Danach muss es“ einen offenen Zugang zu passiven....

1 **Antrag B 5**
2 **zur 17. Landesdelegiertenversammlung**
3 **Antragsteller: Kreisverband Rhein-Sieg**



4 **Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:**

5

6 Zeile 27:

7 Streiche 2,4 Mrd. Euro und füge 3,2 Mrd. Euro ein.

8

9 **Begründung:**

10 NRW-Finanzminister Walter-Borjans hat vor wenigen Tagen einen
11 Nachtragshaushalt mit 3,2 Mrd. Euro eingebracht.

12

13 Zu den Begrifflichkeiten „Industrie 4.0“ und „Wirtschaft 4.0“, ab Zeile 41:

14 Einfügung in Zeile 90:

15 „Dies ist ein wichtiger Teil der Digitalisierung der gesamten Wirtschaft.“

16 Einfügung in Zeile 632:

17 „Industrie 4.0 und Wirtschaft 4.0 müssen...“

18

19 **Begründung:**

20 Die Begriffe sind keine Synonyme. „Wirtschaft 4.0“ ist der Überbegriff, „Industrie 4.0“
21 ein Teilaspekt.

22

23 Einfügung in Zeile 160:

24 „Dies bedeutet eine Einschränkung bzw. Gefährdung der Versorgung von Gruppen
25 der Bevölkerung, die nicht online agieren.“

26

27 **Begründung:**

28 Wenn wir über die Chancen für den stationären Einzelhandel berichten, hat das nicht
29 nur einen Wettbewerbsaspekt. Wir sollten nicht unerwähnt lassen, dass die
30 Versorgung der Bevölkerung, insbesondere der Gruppen, die nicht online agieren,
31 gefährdet bzw. eingeschränkt wird, wenn stationäre Einrichtungen dem

zunehmenden Onlinehandel zum Opfer fallen (vgl. Bemerkung zu Logistik in Zeile 194).

Einfügung in Zeile 243:

„Gleichwohl muss gleichzeitig der zunehmenden Cyber-Kriminalität begegnet werden.“

Begründung:

Wir halten es für falsch, die europäischen Datenschutzbestimmungen als Verhinderungsfaktor für Chancen der technischen Möglichkeiten darzustellen. Im Gegenteil: Angesichts der zunehmenden Cyber-Kriminalität muss durch die Datenschutzbestimmungen ein Gegenpol gebildet werden.

Zeile 255:

„Fortschritt“ statt „Forstschrift“

Zeile 284:

Darstellung ist doppelt zu Zeilen 34 ff.

Zeilen 460 ff., Institutionelle Anleger:

Soweit auf Lebensversicherungen und Pensionskassen bezogen, den Abschnitt streichen.

Begründung:

Aufgabe der Lebensversicherungen und Pensionskassen ist die absolut sichere Anlage des Kapitals, um ihre langjährigen Verpflichtungen einhalten zu können. Deshalb sind die geltenden Beschränkungen richtig und haben erfolgreich verhindert, dass Lebensversicherungen und Pensionskassen im Gegensatz zu Banken in der Finanzkrise in Problem geraten sind. Es ist unverantwortlich und würde auch bei deren Kunden auf keinerlei Verständnis stoßen, wenn Anlagekapital von Lebensversicherungen und Pensionskassen riskiert werden und verloren gehen könnte – egal in welchem Umfang.

Zeilen 468-550, Privatanleger pp.:

Gesamte Passage streichen und ggf. einen eigenen Antrag zur Finanzierung von Start-Up-Unternehmen formulieren.

Begründung:

Der Abschnitt enthält allgemeine Abhandlungen über Venture-Capital pp. und wenig konkrete Forderungen, die für unser Thema Digitalisierung viel zu speziell und viel zu weitgehend sind.

Einfügung in Zeile 603:

„IT-Sicherheit einschließlich Cyber-Kriminalität und Datenmissbrauch sind auf die Digitale Agenda zu setzen. Alle Organisationen der Wirtschaft sollten die Bundesregierung bei der Erstellung des Entwurfs für ein IT-Sicherheitsgesetz unterstützen.“

Begründung:

Der Text beschreibt nur und enthält keine konkrete Forderung der MIT.

Zeile 625-626:

streichen

Begründung:

Die Formulierung „so wenig Regulierung wie möglich, soviel Regulierung wie gerade nötig“ wird der Risikosituation und den Missbräuchen in keiner Weise gerecht. Das haben wir auch vor der Finanzmarktkrise und der Staatsschuldenkrise mit einem sehr liberalen Ansatz gedacht.

Votum der Antragskommission: Annahme in folgender geänderter Fassung

Zeile 27:

streiche 2,4 Mrd. Euro und füge 3,2 Mrd. Euro ein.

Einfügung in Zeile 90:

„Dies ist ein wichtiger Teil der Digitalisierung der gesamten Wirtschaft.“

100 Änderung in Zeile 632:

101 „Industrie 4.0 und Wirtschaft 4.0 müssen...“

102

103 Einfügung in Zeile 160:

104 „Dies bedeutet eine Einschränkung bzw. Gefährdung der Versorgung von Gruppen
105 der Bevölkerung, die nicht online agieren.“

106

107 Einfügung in Zeile 267:

108 Hinter „begründet sind...“ „Zum Beispiel muss der zunehmenden Cyberkriminalität
109 entschlossen begegnet werden.“

110

111 Zeile 255:

112 „Fortschritt“ statt „Forstschritt“

113

114 Zeilen 467:

115 „Dabei ist sicherzustellen, dass bezogen auf die Gesamtanlagensumme dem
116 Anspruch des Kunden auf die Sicherheit der Anlage auch in Zukunft Rechnung
117 getragen wird.“

118

119 Zeilen 472:

120 ...erreicht werden. „Beratung muss auch in Zukunft den Verbraucher auf mögliche
121 Risiken hinweisen, ohne durch einen Beratungswust das Fondprodukt faktisch
122 unverkäuflich zu machen.“

123

124 Einfügung in Zeile 603:

125 „IT-Sicherheit einschließlich Cyber-Kriminalität und Datenmissbrauch sind auf die
126 Digitale Agenda zu setzen. Alle Organisationen der Wirtschaft sollten die
127 Bundesregierung bei der Realisierung des IT-Sicherheitsgesetzes unterstützen.“

128

129 Zeile 624:

130 ...unterschiedlichster Wirtschaftsbereiche „erfordern nachhaltige, ordnungspolitische
131 Rahmensetzungen aber keine Interventionen in Marktprozesse.“

1 **Antrag A 1**
2 **zur 17. Landesdelegiertenversammlung**
3 **Antragsteller: Kreisverband Wesel**



4 **Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:**

5

6 Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU NRW fordert die Reduzierung des
7 Mehrwertsteuersatzes bei Arzneimitteln von 19% auf 7%.

8

9 **Begründung:**

10 Durch diese Senkung werden die Krankenkassen und Apotheken und letztendlich auch
11 die Patienten entlastet.

12 Der Krankenkassenbeitrag würde dadurch um ca. 0,5% bis 1% zugunsten der
13 Beitragszahler (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) sinken.

14 In fast allen europäischen Ländern wird für Arzneimittel der reduzierte Mehrwertsteuersatz
15 in Ansatz gebracht, teilweise wird sogar keine Mehrwertsteuer erhoben.

16 Gerade die Nähe zu den Niederlanden macht den Apothekern in unserer Region sehr zu
17 schaffen, weil sie durch eine Preiskalkulation, die ihnen aufgezwungen wird und die sie
18 selber nicht beeinflussen können, bei den Preiskalkulationen dieser Mitbewerber nicht
19 wettbewerbsfähig bleiben können.

20

21 **Votum der Antragskommission: Überweisung an die Steuerkommission der Bundes-**

22 **MIT**

1 **Antrag A 2**
2 **zur 17. Landesdelegiertenversammlung**
3 **Antragsteller: Kreisverband Wesel**



4 **Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:**

5
6 **„Priorität für das Wohl der Patienten“**
7

8 Die Macht der Krankenkassen muss abgebaut werden. Krankenkassen nutzen ihre
9 Marktmacht gegenüber Patienten und Leistungserbringern in überzogenem Umfang aus.

10

11 1. Die ausufernde Bürokratie in einem kaum mehr überschaubaren System von
12 Reglementierungen, insbesondere bei Rabattverträgen zwischen Herstellern und
13 Krankenkassen, der Abgabe von Importarzneimitteln und Hilfsmitteln muss
14 abgebaut werden.

15

16 2. Die Null-Retaxation (Null-Erstattung der Kosten des ausgegebenen Arzneimittels),
17 bei der Apotheken bei unbedeutenden Formfehlern keine Vergütung für gelieferte
18 Arzneimittel bekommen, stellt ein Missverhältnis zwischen Sanktion und einem für
19 die Versorgung des Patienten irrelevanten Fehlers dar. In diesen Fällen ist der
20 Patient pharmazeutisch und richtig versorgt worden, aber die Apotheke erleidet
21 durch die Null-Retaxation eine große wirtschaftliche Einbuße.
22 Die Null-Retaxation darf bei Formfehlern, wie z.B. falsches Datum nicht angewandt
23 werden. Diese Fehler bei Belieferung eines nicht rabattierten Arzneimittels müssen
24 wieder korrigiert werden können.

25

26 3. Korrektur oder Abschaffung der Rabattverträge.
27 Die Rabattverträge werden zwischen Krankenkassen und den Herstellern
28 geschlossen, regelmäßig geprüft und mit den unterschiedlichen Herstellern neu
29 verhandelt.
30 Der Patient erhält, unabhängig von der ärztl. Verordnung, das im Rabattvertrag
31 festgelegte Medikament.

32

- 33 3.1. Durch Verwendung des Präparates eines anderen Herstellers ändern sich u.a.
34 Packungsbild, ggf. Form und Farbe der Tabletten oder Kapseln.
35 Dies führt zur Unsicherheit, Einnahmeverweigerung, Falscheinnahme bis hin zur
36 Doppeleinnahme des Arzneimittels. Es bereitet beim Stellen der Arzneimittel
37 insbesondere in Altenheimen, Pflegediensten und Haushalten große Probleme. Die
38 einschlägigen Rabattverträge sind deshalb zu korrigieren oder abzuschaffen.
39
- 40 3.2. Durch den ruinösen Wettbewerb unter den Lieferanten (Arzneimittelindustrie), die
41 einem Kartell der Krankenkassen gegenüberstehen, kommt es immer öfter zu
42 Lieferschwierigkeiten. Zeitweise sind oder waren Schilddrüsenpräparate, bestimmte
43 Impfstoffe, Antibiotika und Krebsmittel nicht zu bekommen, weil verschiedene
44 Lieferanten nicht mehr bereit sind, zu den verhandelten Konditionen zu liefern.
45 Und das in Deutschland, das einst die „Apotheke der Welt“ war. Die staatliche
46 Gesundheitspolitik hat hier einzugreifen, damit die Versorgung der Patienten nicht
47 durch Machtspiele zwischen Krankenkassen und Arzneimittelindustrie gefährdet
48 wird.

49

50 **Begründung:**

51 Durch die vielen bürokratischen und formellen Vorgaben kommt es immer mehr zu
52 Diskussionen mit den Patienten über Formalien. Hierdurch tritt die Beratung der Kunden in
53 arzneilichen Fragen in den Hintergrund. Die Verwirklichung der vorstehend aufgeführten
54 Forderungen würde zu einer Besserung dieser Situation führen.

55

56 **Votum der Antragskommission: Wohlwollende Überweisung an die**
57 **Gesundheitskommission der Bundes-MIT**

1 **Antrag A 3**
2 **zur 17. Landesdelegiertenversammlung**
3 **Antragsteller: Kreisverband Wesel**



4 **Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:**

5

6 Die Landesdelegiertenversammlung möge eine Resolution entschließen, die auch an die
7 Bundesminister gerichtet ist.

8 Die MIT unterstützt unter Würdigung und Bemühungen des CDU Bundesvorstandes das
9 Anliegen der ambulanten Hebammen in Deutschland und fordert den Bundesminister für
10 Gesundheit auf, in diesem Sinne zu handeln.

11 Die MIT befürwortet eine Verpflichtung der Haftpflichtversicherer im Rahmen der
12 Solidargemeinschaft eine entsprechende Haftpflichtversicherung anzubieten. Es kann
13 und darf nicht sein, dass Versicherer sich bei der Risikoabwägung aus der Verantwortung
14 stehlen, nur weil ihnen in diesem Segment u. U. Verluste drohen. Weiter würde es die
15 MIT begrüßen, wenn die Kosten für die Haftpflichtversicherungen gedrittelt werden. Nur
16 ein Drittel zahlt die Hebamme als Berufsversicherungsbeitrag, ein Drittel trägt die
17 Berufsgenossenschaft und ein Drittel tragen die Krankenversicherungen.

18 Die MIT plädiert dafür, die Berufsgruppe der Hebammen auf jeden Fall und mit allen
19 Möglichkeiten, die zur Verfügung stehen, zu unterstützen. Der Berufsstand der
20 ambulanten Hebammen muss erhalten bleiben und darf nicht an den Kosten für eine
21 Haftpflichtversicherung scheitern.

22

23 **Begründung:**

24 Gerade die letzten beiden Versicherer sind es, die unter dem Strich a) von der Leistung
25 der Hebammen im ambulanten Dienst profitieren und b) auch Vorteile in der
26 Kostenbelastung haben.

27 Das Argument, dass es einen Vorreitercharakter haben könnte und andere
28 Berufsgruppen nachziehen könnten, kann hier nicht zählen, da die ambulante Hebamme
29 nicht unternehmerisch kalkulieren kann, sie kann nicht ihre Betriebskosten in den
30 Leistungskatalog einkalkulieren, weil der Leistungskatalog nicht unternehmerisch
31 kaufmännisch erstellt werden kann, sondern durch die Gebührenordnung über die
32 Bundesregierung und die Kostenträger, sprich die Krankenkassen diktiert wird, was für

33 die Hebammen ein Alleinstellungsmerkmal darstellt und insofern keine Synergieeffekte
34 auslösen kann.

35

36 **Votum der Antragskommission: Annahme in folgender geänderter Fassung**

37

38 Der freie Beruf der ambulanten Hebammen muss erhalten bleiben und darf nicht an den
39 Kosten für eine Haftpflichtversicherung scheitern. Die MIT unterstützt den nordrhein-
40 westfälischen Gesundheitsminister Hermann Gröhe in seinen Bemühungen, die
41 Berufsgruppe der Hebammen auf jeden Fall und mit allen Möglichkeiten, die zur
42 Verfügung stehen, zu unterstützen.

1 **Antrag A 4**
2 **zur 17. Landesdelegiertenversammlung**
3 **Antragsteller: Kreisverband Wesel**



MIT MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
DER CDU NRW

4 **Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:**

5 **„Wiedereinführung des RGB-weiten Handwerkerparkausweises“**

6 Es ist auf die Verwaltungen der beteiligten Kommunen sowie der entsprechenden
7 Stellen der Bezirksregierung einzuwirken, dass der regierungsbezirksweite
8 Handwerkerparkausweis wieder in der bisherigen Form ausgegeben werden darf und
9 die dafür notwendigen verwaltungsinternen rechtlichen Rahmenbedingungen
10 geschaffen werden.

11

12 **Hintergrundinformationen:**

13 Seit dem Jahr 2005 werden von den Straßenverkehrsbehörden der Städte und
14 Kreise im Regierungsbezirk Düsseldorf sogenannte „Handwerkerparkausweise“
15 ausgestellt. Sie erlauben Handwerksbetrieben, ihre Service- und Werkstattfahrzeuge
16 nahe am jeweiligen Arbeitsort (z. B. Baustelle) zu parken, auch wenn dort ein
17 eingeschränktes Halteverbot gilt, eine Höchstparkdauer vorgeschrieben ist oder nur
18 Bewohnerparkplätze vorhanden sind.

19 Im Zuge der NRW-Initiative „Mittelstandsfreundliche Verwaltung“ vereinbarten im
20 Jahr 2005 die Städte und Kreise des Regierungsbezirks Düsseldorf unter Beteiligung
21 des damaligen Regierungspräsidenten vertraglich, dass die
22 Handwerkerparkausweise nicht nur im jeweiligen Stadt- oder Kreisgebiet gelten
23 sollen, in dem der Handwerksbetrieb seinen Sitz hat, sondern im gesamten
24 Regierungsbezirk Düsseldorf. Die Städte und Kreise verabredeten, die von den
25 jeweils anderen Straßenverkehrsbehörden ausgestellten Handwerkerparkausweise
26 wechselseitig „anzuerkennen“. Die 6. Kammer des Verwaltungsgerichts hat diese
27 Praxis (...) für rechtswidrig erklärt. Die bundesweit geltende Straßenverkehrsordnung
28 (StVO) verpflichte jede Behörde, sich bei Ausnahmen von den Parkvorschriften auf
29 das Gebiet zu beschränken, für das sie zuständig sei. Die bundesgesetzlichen
30 Zuständigkeitsvorschriften seien zwingend, solange der Landesgesetz oder -
31 Verordnungsgeber keine abweichenden Regelungen erlasse.

Bloße vertragliche Vereinbarungen zwischen einzelnen Behörden genügten nicht, um die gesetzlichen Vorschriften der StVO abzuändern. So könne etwa der beklagte Kreis Viersen nicht den von der Klägerin beantragten Handwerkerparkausweis ausstellen, weil dieser nicht nur für Viersen, sondern auch für den restlichen Regierungsbezirk Düsseldorf beantragt worden sei.

Der Vorsitzende der Kammer hat zugleich darauf hingewiesen, dass die regierungsbezirksweit gültigen Handwerkerparkausweise auch künftig weiter ausgegeben werden könnten, ohne dass gesetzliche Vorschriften geändert werden müssten. Allerdings müsse dann die Bezirksregierung Düsseldorf die Ausweise erteilen. Nur sie könne nach der StVO regierungsbezirksweit gültige Ausweise ausstellen. Dabei komme in Betracht, dass die örtlichen Straßenverkehrsämter ihr in Amtshilfe zuarbeiteten, also etwa die Anträge entgegennähmen und prüften.

Aktenzeichen: 6 K 5605/12

(Quelle:<http://www.vg-duesseldorf.nrw.de/presse/pressemitteilungen/1402/index.php>)

Die vorgenannte Form des Handwerkerparkausweises ist für alle Beteiligten eine einfache, rationelle Lösung gewesen. Es ist sehr wünschenswert seitens der betroffenen Betriebe, dass diese Regelung wieder eingeführt werden kann.

Seitens der Mittelstandsvereinigung muss auf die Wiedereinführung des Handwerkerparkausweises gedrängt werden, weil er eine sinnvolle Initiative im Rahmen des Modellprojekts „Mittelstandfreundliche Verwaltung NRW“ gewesen ist, die die „Marktreife“ erlangte. Hier haben viele engagierte Beteiligte aller Verwaltungen eine lobenswerte mittelstandsfreundliche Lösung geschaffen - es darf nicht sein, dass wegen (relativ kleiner) verwaltungsrechtlicher „Hürden“ diese Lösung verworfen bzw. nicht mehr angewendet wird.

Das o.g. Urteil weist bereits auf eine mögliche Lösung des Problems hin.

Votum der Antragskommission: Annahme in folgender geänderten Fassung

MIT NRW: Rechtssicherheit für Handwerkerparkausweise in allen NRW-Regierungsbezirken!

Die MIT NRW begrüßt, dass im Rahmen einer Übergangsregelung die Bezirksregierung Düsseldorf den unteren Straßenverkehrsbehörden grünes Licht für die Ausstellung von Handwerkerparkausweisen mit regierungsbezirksweiter

66 Gültigkeit gegeben hat. Die Bezirksregierung greift damit einer vom Land
67 angestrebten Änderung der Zuständigkeitsordnung vor, die wegen eines Urteils des
68 Verwaltungsgerichts Düsseldorf vom 20. Februar 2014 notwendig geworden ist. Die
69 MIT NRW fordert die Landesregierung auf, das Verfahren zur Änderung der
70 Zuständigkeitsverordnung zu beschleunigen, um eine endgültige Regelung für alle
71 nordrhein-westfälischen Regierungsbezirke herbeizuführen und die entstandene
72 Rechtsunsicherheit zu beseitigen.

1 **Antrag A 5**
2 **zur 17. Landesdelegiertenversammlung**
3 **Antragsteller: Kreisverband Lippe**



4 **Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:**

5
6 **Hausärztliche Versorgung im kreisangehörigen Raum**

7
8 Aufgrund des aktuellen und in den kommenden Jahren zu erwartenden Ärztemangels im
9 ländlichen und kreisangehörigen Raum, möge die Landesdelegiertenversammlung
10 beschließen: Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, ein Konzept zu erarbeiten, ähnlich
11 dem Dualen Studium mit verpflichteter Beschäftigung im finanzierenden Unternehmen, bei
12 denen Mediziner in ihrer Ausbildung eine jährliche Vergütung erhalten und sich im
13 Gegenzug im Vorfeld verpflichten, sich nach Abschluss der Ausbildung im
14 kreisangehörigen Raum als Hausarzt niederzulassen.

15 **Begründung**

16 Industrie und Mittelstand sind Vorbild und arbeiten sehr erfolgreich mit dem Instrument des
17 Dualen Studiums zur Sicherung von qualifiziertem Nachwuchs im eigenen Hause. Über
18 eine zeitliche Verpflichtung der Studierenden nach ihrer Ausbildung werden junge Bachelor
19 und Master an Unternehmen gebunden und das Risiko des Abwerbens minimiert.

20 Ähnliche Lösungen werden bis heute in der Mediziner Ausbildung ignoriert. Aktuelle
21 finanzielle Anreize des Landes sich auf dem Land niederzulassen haben nicht den
22 gewünschten Erfolg. Gut ausgebildete Ärzte entscheiden sich unter anderem auch nach
23 dem Studium auszuwandern und werden mit lukrativen Angeboten aus Ländern wie der
24 Schweiz oder Schweden, die kaum oder keine eigene Mediziner ausbilden, abgeworben.
25 Dieser Abwanderung von Know-how ist entgegenzutreten. Die Anzahl der fehlenden
26 niedergelassenen Ärzte im kreisangehörigen Raum ist bekannt und eine von Experten zu
27 bestimmende Anzahl von jährlichen Studienanfängern sowie der notwendige finanzielle
28 Aufwand sind zu ermitteln.

29 51% der Einwohner des Landes NRW und viele mittelständische Unternehmen, die
30 dringend auf Mitarbeiter angewiesen sind, bezeichnen den kreisangehörigen Raum als
31 ihre Heimat. Inzwischen ist es absehbar, dass in den kommenden Jahren nicht nur

32 ländliche Gebiete sondern auch Mittelzentren mit über 40.000 Einwohnern ein Problem in
33 der ärztlichen Grundversorgung bekommen. Für uns Mittelständler handelt es sich hierbei
34 um ein elementares Problem in der Lebensqualität von Mitarbeitern und deren Familien.

35

36 **Votum der Antragskommission: Überweisung an die Gesundheitskommission der**
37 **Bundes-MIT**

1 **Antrag A 6**
2 **zur 17. Landesdelegiertenversammlung**
3 **Antragsteller: Kreisverband Aachen Land**



4 **Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:**

5
6 Die MIT NRW spricht sich gegen eine allgemeine Maut für PKW in der Bundesrepublik
7 Deutschland aus, bevor nicht eine zukunftsste, grenzüberschreitende verkehrspolitische
8 Strategie zusammen mit den verkehrspolitisch Verantwortlichen benachbarter Staaten
9 ausgearbeitet ist. Nationale Alleingänge hätten eine erhebliche Beeinträchtigung der
10 grenznahen Wirtschaftsregionen zur Folge.

11 Die MIT NRW fordert, dass im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zu einer
12 allgemeinen Infrastrukturabgabe auf dem deutschen öffentlichen Straßennetz die
13 wirtschaftlichen Existenzgrundlagen unserer Grenzregionen angemessen berücksichtigt
14 werden.

15
16 **Begründung:**

17 Eine allgemeine Infrastrukturabgabe auf dem deutschen öffentlichen Straßennetz, die die
18 besondere Situation der Grenzregionen und des euregionalen Wirtschaftsraumes nicht
19 berücksichtigt, stellt regional- und wirtschaftspolitisch eine erhebliche Belastung für diese
20 Regionen dar.

21 Eine „Eintrittsgebühr nach Deutschland“ ist ein schwerwiegender Nachteil für
22 Einzelhandel, Handwerk, Dienstleister, Tourismus und Gastronomie nicht nur, aber
23 besonders in den Grenzregionen.

24 In der jetzt vorliegenden Form beeinträchtigen die Pläne das jetzige Mobilitätsverhalten in
25 den Grenzregionen, Wohn-, Arbeits-, Freizeit- und Einkaufsstätten ohne Berücksichtigung
26 der Staatsgrenze zu wählen.

27 Es ist zu befürchten, dass unsere ausländischen Nachbarn von Einkäufen in Deutschland
28 absehen und die grenznahen Angebote im Bereich Tourismus, Kultur und Gastronomie in
29 wesentlich geringerem Maße nutzen werden.

30 Die grenznahen Wirtschaftsstandorte müssten einen wesentlichen Ausfall ausländischer
31 Kunden verkraften.

32 Die allgemeine Infrastrukturabgabe auf dem deutschen öffentlichen Straßennetz geht über
33 eine Abgabe zur Nutzung und Finanzierung des Autobahnnetzes weit hinaus - eine

34 flächendeckende Nutzungsgebühr für das gesamte Straßennetz existiert in keinem
35 Nachbarland.

36 Eine Eingrenzung der PKW-Mautpflicht auf Autobahnen ist ebenso abzulehnen, da diese
37 zu einer gefährlichen, unwirtschaftlichen und verkehrsstrategisch keinesfalls gewollten
38 Überlastung der Ortsdurchfahrten führt.

39 Im Gegenzug zur deutschen Pkw-Maut ist darüber hinaus damit zu rechnen, dass auch
40 die Nachbarländer eine Pkw-Maut einführen, was ebenfalls die grenznahe Wirtschaft
41 belasten würde.

42 KFZ- und Benzin-Steuern sollten hingegen endlich zweckgebunden für die Erhaltung der
43 Straßen und Brücken eingesetzt werden.

44

45 **Votum der Antragskommission: Annahme in folgender geänderter Fassung**

46

47 Die MIT NRW spricht sich gegen eine allgemeine Maut für PKW in der Bundesrepublik
48 Deutschland aus. Die MIT NRW steht zur Einführung einer Infrastrukturabgabe auf
49 Autobahnen, entsprechend dem Koalitionsvertrag, um ausländische Nutzer an den Kosten
50 für den Ausbau und die Instandsetzung zu beteiligen. Eine Ausdehnung über die
51 Autobahnen hätte eine erhebliche Beeinträchtigung der grenznahen Wirtschaftsregionen
52 zur Folge.

53 Die MIT NRW fordert deshalb, dass im Rahmen des anstehenden
54 Gesetzgebungsverfahrens die wirtschaftlichen Existenzgrundlagen unserer Grenzregionen
55 angemessen berücksichtigt werden.

1 **Antrag S 1**
2 **zur 17. Landesdelegiertenversammlung**
3 **Antragsteller: Landesvorstand**



4 **Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:**

5
6 Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU NRW ändert § 15 Abs. 1, (Seite 7)
7 sowie §16 der Landessatzung und ermöglicht die Bestimmung von mehr als einem
8 Ehrenvorsitzenden.

9
10 Ersetzte § 15 Absatz 1 der Landessatzung

11
12 **„Landesvorstand**

- 13
14 1. Der Landesvorstand besteht aus folgenden Mitgliedern:
15
16 a) dem Ehrenvorsitzenden,
17 b) dem Landesvorsitzenden, ...“

18
19 durch

20
21 **„Landesvorstand**

- 22
23 1. Der Landesvorstand besteht aus folgenden Mitgliedern:
24
25 a) den Ehrenvorsitzenden
26 b) dem Landesvorsitzenden, ...“

27
28 Ersetze in § 16 der Landessatzung

29
30 „Die in §15 Ziffer 1 a) bis g) genannten Mitglieder...“

31
32 durch

33
34 „Die in §15 Ziffer 1 b) bis g) genannten Mitglieder des Landesvorstandes sowie drei
35 weitere Mitglieder aus dem Kreise der Mitglieder gem. §15 Ziffer 1 h), die der
36 Landesvorstand in geheimer Wahl aus seiner Mitte wählt, bilden den geschäftsführenden
37 Landesvorstand der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU NRW.

38
39 **Votum der Antragskommission: Annahme**